

General von Lossow nicht einverstanden ist. Sie will sich aber der Tatsache nicht verschließen können, daß eine Belagerung Bayerns, den durch das Reich geschaffenen Reichszustand anzuerkennen, es unmöglich machen würde, die Autorität des Reiches in anderen Ländern durchzusetzen. Wenn Bayern dadurch interessiert ist, daß bei seinen nördlichen Nachbarn der kommunistische Einfluss nicht ausschlaggebend wird, so muß es bereit sein, im Weise des Reichsgenossen einen Punkt zurückzufestigen. Die Reichsregierung stand vor der Wahl, den militärischen Ausnahmezustand ganz aufzuheben, wie das der sozialdemokratische Parteidoktor gehörte hatte, oder ihn, aber so, wie er ursprünglich gedacht war, im ganzen Reich zur Geltung zu bringen. Die Entscheidung ist zugunsten der tatsächlichen Durchführung des Ausnahmezustandes gefallen. Dementsprechend hat auch das Kabinett die sozialistischen Abgeordneten Wels und Müller, die ihm den Beschluss des Parteidoktors überbrachten, unterstellt, daß gegenwärtig eine Beseitigung des Ausnahmezustandes unmöglich sei.

Baden fordert Aufhebung des Belagerungszustandes

Karlsruhe, 19. Oktober. In einer Sitzung des Zentrums äußerte sich der badische Finanzminister über die augenblickliche Lage. Er bewirkt erneut, daß Festhalten Badens am Reiche. Er wünscht sei dringend, daß für Buben der Belagerungszustand aufgehoben werde, da die Polizeibehörden recht wohl ständige seien, die Ordnung aufrechtzuerhalten. Dies haben die Vorgänge im September, in Überhoden und die ländlichen in Mannheim bewiesen. In seinen weiteren Ausführungen forderte der Finanzminister ein scharfes Eingreifen der Reichsregierung gegen die Preiskommission der Syndikate und Kartelle, da die gegenwärtige Lage nicht mehr länger zu ertragen sei.

Die Einstellungsbedingungen für die Eisenbahner

Eisen, 19. Oktober. Vom französischen Bahnhofskommandanten in Wanne sind folgende Richtlinien für die Wiedereinführung der Eisenbahner ausgegeben worden, die aller Wahrscheinlichkeit nach auch Geltung für das ganze besetzte Gebiet haben:

Bei Übernahme von Bediensteten in den Betrieb der Regie versteht sich diese, die Eisenbahner nach Konstan zu befreien. Ausbildung erfolgt jedoch in Papiermarkt. Die Bezahlung soll nicht höher sein, als die im unbefestigten Gebiet. Den in die Regie eingetragenen Eisenbahner soll das Reich die Bezahlung bis 27. Oktober weiter bezahlen. Ausgewiesene, gegen deren Wiedereinführung keine grundsätzlichen Bedenken bestehen, können nach Prüfung jeden Einzelfalles wieder eingestellt werden. Die Wiedereinführung von Infanteristen wird abhängig gemacht von der Stellungnahme der französischen Militärbehörde. Es wird jedenfalls von Fall zu Fall entschieden, ob infanteriert Gewesene eingestellt werden oder nicht. Für die Durchführung der Beamten- und Arbeiterpausen soll das Reich einen noch festzuhaltenden Grundstock an die Regie abführen.

Höhere Beamte werden nicht wieder eingestellt. Sämtliche seitlichen Stellen sollen durch Franzosen befreit werden. Die Regie glaubt mit der Hälfte des bisherigen Personals auskommen zu können. Die Regie verlost vorsehbar Wiedereinführung des Eisenbahneres und Aufstieg auf 3.000 Eisenbahnbestand nach dem Stande vom 10. Januar 1923.

Die Beratungen über das Arbeitszeitgesetz

Berlin, 19. Oktober. Die Sachverständigenkommission der Koalitionsparteien des Reichstages hat die Beratungen über das Arbeitszeitgesetz heute nachmittag zum Abschluß gebracht. In allen wesentlichen Punkten ist eine Einigung erzielt worden. Es wird also voraussichtlich bestimmt werden, daß unter grundsätzlicher Aufrechterhaltung des Arbeitstages eines Arbeitstags bis acht Stunden im Bergbau und in den besonders gesundheitsgefährdenden Betrieben und bis zu neun oder zehn Stunden in allen übrigen anderen Betrieben zugelassen werden kann. Besiegelt wurde die Einstimmung des Entwurfs, daß durch die Gewerbeaufsichtsbeamten in besonderen Fällen Ausnahmen zugelassen werden können. Verlängerung der Arbeitszeit gestattet ist, muß sie durch fachliche Berechnungen oder auf dem Wege des Gemeinschaftsvertrags angeordnet werden. Am nächsten Dienstag wird die Kommission nochmals zusammenkommen, um die neue Fassung des Entwurfs zu bearbeiten. Voransichtlich am Mittwoch wird die Vorlage nach zweiter Erfassung der Parteien dem sozialpolitischen Ausschuss überreichen werden, der sie so schnell erledigen soll, daß sie am Donnerstag zur 2. Sitzung im Plenum kommen kann.

Die Goldanleihe als Zahlungsmittel

Berlin, 19. Oktober. Das WDB erhält von zuständiger Stelle, daß der Preis der kleinen Stücke der wettbewerblichen Anleihe des Deutschen Reichs (1, 2 und 5. Dollar) so beschleunigt werden ist, daß den Zeichnern am allergrößten Teil ihre Stücke zur Verfügung gestellt werden können. Der beschleunige, verhältnismäßig geringe Teil dürfte in wenigen Tagen geliefert werden. Einige von Mitte nächster Woche an dienen so viel weitere Stücke der Anleihe drucksicher sein, daß mit dem beabsichtigten Verkauf der Stücke über den Ladenplatz der Anfang gemacht werden kann. Die Reichsbank hat hierfür bereits die nötigen Vorbereihungen getroffen. Verhandlungen mit den Banken nach der gleichen Richtung schweben noch. Es ist anzunehmen, daß das Publikum von der Möglichkeit, die Stücke auf diese Weise zu erwerben, um sie als ein der Entwicklung nicht angepasstes Zahlungsmittel zu verwenden, im weitesten Umfang Gebrauch machen wird, um so mehr, als Kauf und Verkauf der Goldanleihe im Gegensatz zu dem Handel mit sonstigen Wertpapieren von der Kapitalverkehrsteuer befreit ist und die Kursprovisionen verhältnismäßig gering bemessen werden.

Lloyd George in Chicago

Chicago, 19. Oktober. Vor einer riesigen Versammlung in Chicago legte Lloyd George gestern des längeren Englands Standpunkt in der deutschen Reparationsfrage dar. Er verurteilte die französische Kubowitz und unterstützte Hughes Weihnachtsvorschlag einer internationalen Wirtschaftskonferenz. Nachdem er Deutschlands Ausdrabung und die bisherigen Zahlungen Deutschlands bedrohten hatte, wobei er sich gegen jede Deutsche Unabhängigkeit verwahrt, sagte er: Wenn die gegenwärtige französische Politik fortgesetzt wird, so sche ich voraus, daß es keine weiteren Reparationszahlungen geben wird, sondern eine Revolution von 60 Millionen Deutschen, zum äußersten getrieben, werden sie jeden sich bietenden Weg einschlagen. Ich sehe einen Ort nahen und wenn der Steuermann nicht den gegenwärtigen gefährlichen Kurs ändert, ist ein Schiffbruch unvermeidbar. Lloyd Georges Kurs erregte Aufsehen und findet allgemeine Zustimmung in der Chicagoer Presse.

Die Schlüsselzahl für das Buchdruckergewerbe

Berlin, 19. Oktober. Der Deutsche Buchdruckerverein teilt mit: Die Schlüsselzahl für das deutsche Buchdruckergewerbe beträgt 90 Millionen ab 19. Oktober.

Die neuen Bergarbeiterlöhne

Berlin, 19. Oktober. Bei den heutigen Lohnverhandlungen im Bergbau wurde folgendes Ergebnis gezeigt: Ruheschleife: 5.624.640.000 (Geförrungsfrei für die Annahme bis 20. Oktober); Oberschlesien: 3.85; Niederschlesien: 3.85; Sachsen: 3.40; Waden: 3.2; Niedersachsen: 3.2; Westfalen: 3.4; Württemberg Mark. Köln: wie Ruhe.

Kommunisten gegen Sozialdemokraten

Ein Zwischenfall im sächsischen Landtag

Dresden, 19. Oktober. (Drucksbericht.) In der heutigen Sitzung des Landtags erklärte vor Eintritt in die Tagessitzung der kommunistische Abgeordnete Schröder zur Geschäftsordnung: In der heutigen Morgensitzung ist festgestellt worden, daß das Ultimatum des Generals Müller an die sächsische Regierung im Sitzverhörnis mit dem Reichspräsidenten Ebert, dem Reichskanzler und dem Reichswehrminister gestellt worden ist. Weiter ist festgestellt worden, daß der Reichswehrminister Meier, der von dieser Tatsache gewußt hat, es pflichtwidrig unterlassen hat, die Regierung zu verständigen. Meier steht fest, daß Meier mehrere rechtsstehende Sozialisten unter anderen den Abg. Bethke davon unterschied hat. Meier und Bethke haben also zugelassen, daß die sächsische Regierung in ihrer Erklärung gegen die Schritte Müllers den Vorwurf eines Vorstoßes gegen die Bevölkerung erhoben hat. Dieser Vorwurf richtet sich gegen Meier und alle diejenigen, die diese Tatsache verschwiegen haben. Die rechtsstehenden Sozialisten haben offensichtlich einen Vorstoß gegen die Regierung unterschrieben. Wir haben eine Anfrage formuliert, wie sich die Regierung zu diesen Dingen stellt. Wir beantragen, daß diese Anfrage noch auf die Tagessitzung der heutigen Sitzung gestellt wird. Weiter beantragen wir, die Sitzung um eine Stunde zu verlängern, um den Fraktionen Gelegenheit zu geben, hierzu Stellung zu nehmen. Der Verlängerungsantrag wird gegen die Stimmen der Deutschen Nationalen und der Deutschen Volkspartei angenommen.

Die enormen Verluste der deutschen Zeitungen in dieser Woche

haben zu der Notwendigkeit geführt, die Bezugspreise sofort den tatsächlichen Kosten anzupassen. Die Bezugspreise dieser Woche haben bei weitem nicht einmal die Papirkosten gedeckt. Die Verluste der Zeitungen wurden so gewaltig, weil bei der Preisfestsetzung die Entwicklung im Laufe der Woche nicht vorausgesehen werden konnte. Eine derartige Wirtschaft müßte in kurzer Frist zum völligen Ruin der deutschen Presse führen.

Niemand kann sich dabei auch der Auswirkung der notwendigen enormen Lohn- und Gehaltserhöhungen entziehen. Die Indexerhöhung macht gegen die Vorwoche eine Steigerung von 544 Prozent aus. Die ganze deutsche Presse muß daher ihre Preise um das Vielfache erhöhen, um weiterzuschreiben zu können.

Sächsische Volkszeitung Thüringer Volkswacht
Dresdner Anzeiger
Dresdner Neueste Nachrichten
Dresdner Volkszeitung
Sächsische Staatszeitung

Der Bezugspreis der Sächsischen Volkszeitung und Thüringer Volkswacht beträgt für die Woche vom 20. bis einschl. 26. Okt. 800 Millionen Mark bei sechsmaliger freier Zustellung. Dieser Beitrag ist nur von den Verlagsaboonten zu entrichten. Von den Postbeziehern werden sämtliche Nachzahlungen durch die Post erhoben.

Rath und Fern

† Bischof Fischer-Kolbe von Koschau (Slowakei) feiert am 18. Oktober seinen 60. Geburtstag. Dr. Augustin Fischer-Kolbe, geboren am 18. Oktober 1868 in Bischwiller in der Elsass, war ein bedeutender Theologe und Förderer des geistigen Lebens in der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie. Nach seiner Promotion am Gymnasium in Budapester und kurzer Tätigkeit in der Seelsorge kam er 1890 als Studiendirektor an das Erzinkonvent, das höhere Priesterbildungsinstut in Wien. So nahm der Jubilar gegen Anteil an dem geistigen, wissenschaftlichen, religiösen und sozialen Aufschwung, den Österreich mit den neuzeitlichen Jahren nahm. Im Jahre 1905 erhielt er die Weihe zum Titularbischof, um dem geistigen Bischof von Koschau, Lubos, als Kooperator zur Seite zu stehen, dem er 1907 nachfolgte. Als Bischof ließ er sich vor allem die Caritas und soziale Fürsorge jeder Art angelegen sein. Dabei verfolgte er weiter wie bisher die geistigen Errungenschaften der Zeit und nahm zu denselben in Wort und Schrift Stellung. Er beherrschte zehn Sprachen. Gegenwärtig arbeitet er an einer katholischen Kulturgeschichte. Seine Kulturphilosophie hat er vor etwa zwei Jahrzehnten in lateinischer Sprache herausgegeben.

Die Main-Danub-Verbindung soll für 1500 Tonnen-Schiffe, die eine Mindestfahrtstrecke von 2,0 Meter verlangen, ausgebaut werden. Aus technischen und wirtschaftlichen Gründen kann jedoch die Donaustraße nur auf 2 Meter Tiefe gebracht werden. Diese läuft sich durchweg durch eine einfache Niedrigwasserregulierung erreichen; nur die etwa 20 Kilometer lange Selsonstrecke von Hohenlohe bis Passau, das sogenannte Nachstiel, bedarf schwieriger Arbeit. In dieser Selsonstrecke von Oenae und Grantitz herrscht bei Niedrigwasser ein Gefälle von 2 Prozent, bei einem mittleren Fließgeschwindigkeit von 2,5 Metern in der Sekunde. Man hat viele Maßnahmen vorgenommen und das Fahwasser auf 42 Meter eingedämmt, aber dennoch nur 1,4 Meter durchschnittliche Tiefe erreicht. Eine Besserung war nur durch Schaffung eines Seitenkanals oder durch Kanalisierung zu erhoffen. Erstere kam aus Maßegründen nicht in Frage. So blieb nur die Neubearbeitung der Selsonstrecke durch Kanalisierung übrig. Der hierbei infolge der Durchschleusung entstehende Zeitverlust wird verhältnismäßig aufgezehrt, daß die Lühe mit voller Last das Nachstiel passieren können, also bei keinem Wasser nicht mehr zu leichter brauchen. Das einzige nötige Stauwehr wird, dicht oberhalb Passau, bei Kilometer 387 errichtet und ergibt einen Aufstau von 8,85 Metern. Die Wirkung reicht 25 Kilometer weit. Die bedeutende Höhe des Aufstaus macht eine Menge von Maßnahmen zur Einführung der Bäche und Kanäle in die Donau nötig; auch muß der Hebung des Grundwassers durch Entwässerungsgräben und Pumpenwerk einzugehen werden. Die Sanierungsarbeiten müssen über dem Wehr und dem Kraftwerk eine 230 Meter lange Doppelschleuse mit einer Kammerbreite von 24 Metern, so daß ein Raddampfer mit vier paarweise angeordneten Rümen aufgenommen werden kann. Das Kraftwerk leistet 42.000 bis 55.000 Pferdestärken gleich 250 Millionen jährlichen Kilowattstunden. Die Arbeiten schließen rücksichtsvorichtig 2500 Mann sind Tag und Nacht beschäftigt, so daß für 1924 mit der Vollendung des wichtigsten Werkes gerechnet werden kann.

† Rembrandt Schüpfungen gestohlen. Alle Vierjahre wird irgendwo ein neuer authentischer Rembrandt entdeckt. Allmählich find so viele authentische Rembrandts zusammengekommen, daß selbst die Museumsdirektoren anfangen, mißtrauisch zu werden. Und das will etwas sagen, denn im allgemeinen pflegen Museumsdirektoren nicht mißtrauisch zu sein; besonders wenn es sich um Werke ihrer eigenen Galerie handelt, aber gar um Stücke, die sie selbst erwogen haben. Es ist bekannt, daß Rembrandt ein sehr lieberliches Leben geführt hat, daß er unter Krankheit und häuslichen Sorgen leiden mußte, und man fragt sich, wo er Zeit und Kraft herholte, alle die großen Bilder zu schaffen. Diese Zweifel hat jetzt der amerikanische Kunsthistoriker Van Dyke von Rutgers College in New York zusammengefaßt und fürchterliche Rücksichtungen gehalten. Nach ihm sind von den 800 auf Rembrandt benannten Bildern nur 35 echt. Alle andere soll von Rembrandt Schülern Gedacht, Vol. Fabritius oder von späteren Fälschern stammen. Von den 15 Rembrandts des Neuyorker Metropolitan-Museums ist nach Van Dyke kein einziger echt; von

den 21 des Berliner Museums sind nur vier, von den 24 des Louvre ebenfalls nur vier wirkliche Werke des großen Rembrandts. Die 26 Gemälde des Kaiser-Friedrich-Museums sind nach dem strengen amerikanischen Kritiker sämtlich unecht, ebenso alle Stücke der Dresdner Galerie.

† Papstliche Auszeichnung. Wie der "Vater Pat." erhält, hat der Papst den Reichstag, Stadtrat München in München, der sich um das Gelände des Deutschen Katholikentages in München hervorragende Verdienste erworben hat, und den Christuskirchenbaumeister Anton Lang in Oberammergau zu Amtier des St. Georgsordens ernannt. Letztere Auszeichnung ist zugleich eine Anerkennung für die würdige Aufführung des Passionsspiels.

Die Einigungsbestrebungen im roten Lager

Was jeder, der politischen Sinn hat, vorzusehen mußte, das ist in diesen Tagen eingetreten. Die Bestrebungen, die Sozialdemokratie aus der Regierung hinauszudringen, müssen selbstverständlich im roten Lager die Regierungen zum Zusammenbruch aller sozialistischen Proletarier wieder wachen und nebstehen. Zu vorangegangenen Jahren gingen solche Einigungsbestrebungen von den Kommunisten aus, die aber weniger ernst gemeint, als vielmehr ein taktisches Mittel waren, um die sozialistischen Arbeiter in den Gewerkschaften und in den Parteien von ihren mehreßtäglich sozialistischen Führern loszulösen und in das kommunistische Führerherz hereinzuholen. Diese Taktik hat damals nur vorübergehend Erfolg gehabt; sie wurde frühzeitig erkannt und blieb im Ende unfruchtbare. Diesmal liegen die Dinge anders: Heute ist das Besteck nach Einigung noch unter den Weißschiffsozialisten neu erwacht. Sie wären ja auch bei einem Erfolg der rechtsradikalen und großindustriellen Vereinigungen, die Sozialdemokratie aus ihrer Regierungposition herauszudringen, die am meisten Leidtragenden gewesen. Der Scheit der Bergwerksindustriellen, im Muhrgebiet Vorberge einheitlich zu klügeln, hat ein Nebiges getan, viele Einigungsbestrebungen zu föhren. Noch wenn die innerhalb der sozialistischen Gewerkschaften und parteiintern am Anfang Oktober geführten Einigungsversammlungen bisher noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt haben, so hält man doch die Tür für eine solche Einigung weit offen, und es bedarf wohl nur noch eines neuen Vorstoßes jener sozialistischen Einheiten, um die proletarischen sozialdemokratischen Massen für längere Zeit fest zusammenzuholen.

Heute ist die Zentralarbeitsgemeinschaft in ihrem Gefüge bedrohlich aufgelöst. Heute ist wieder eine Macht aufgetreten, zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht wie bei dem großen Ruhrbergarbeiterstreik im Jahre 1912. Wenn sich heute die gewaltigen Gegenseite nicht in Streiks austoben, so liegt es lediglich daran, daß die Arbeiter Streiks aus finanziellen Gründen nicht wagen können. Die sozialpolitischen und psychologischen Gegenseite aber sind so frisch wie selten vorher.

Auf Einladung des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes hat am 16. Oktober d. J. in Köln eine Konferenz stattgefunden, die eine gemeinsame Politik der mitteldeutschen Arbeitgeberorganisationen mit den sozialistischen Parteien anstrebt. Die Delegierten der Sozialdemokratischen Partei, die der Unabhängigen Partei und der Kommunisten waren anwesend. Es wurden — wenn auch nicht ganz einstimmig — eine Reihe von Richtlinien aufgestellt und eine kleine Kommission gewählt, die die Vereinigungen fortsetzen soll.

In Berlin hat am Dienstag abend eine Versammlung von B. C. P. D. Vertretern und Gewerkschaftsfunktionären stattgefunden, um einen Bericht über die Einigungsverhandlungen zwischen den drei Arbeitgeberparteien entgegenzunehmen. Die Einigungsverhandlungen haben, wie schon oben angegeben, noch zu keinem endgültigen Ergebnis geführt. Dennoch von den Kommunisten wie von den vereinigten Sozialisten besondere Richtlinien für die Gemeinschaftsarbeit der proletarischen Parteien aufgestellt worden, die sich aber noch nicht auf einen gemeinsamen Kamm bringen ließen; aber es wurde nachstehende Einigung einstimmig angenommen:

"Die Koalition angreift"

Die Befreiung der Arbeiterschaft und Gewerkschaften der B. C. P. D. erklärt angesichts der Gefahren, die dem Proletariat drohen, daß eine Verständigung der Partei- und Gewerkschaftsorganisationen über die zur Bekämpfung der Republik und der sozialen Rechte des Proletariats gelegenden Maßnahmen eine unabdingte Notwendigkeit ist. Die Konferenz erachtet die Genossen, welche die Verhandlungen mit den anderen proletarischen Organisationen führen, weiter alles daranzutun, damit schließlich eine Einheitsfront der Arbeiter, Beamten und Angestelltenorganisationen aufzustehen kommt.

Die vorstehende Resolution läßt an dem Ernst der Verbündung, an der Entschlossenheit des sozialistischen Proletariats zu einer einheitlichen Organisation und damit auch zu einheitlichen Aktionen zusammen, keinen Zweifel über die Voraussetzung dieser Sozialföderation bestehen, daß man nicht übersehen darf, daß sich in den mitteldeutschen Staaten Sachsen und Thüringen diese Einigung schon vollzogen hat, daß dort Kommunisten die Regierung eingetreten sind und gemeinsam mit den Sozialisten die politischen Geschäfte machen. Auf den Inselstaaten in diesen Staaten sind natürlich die Vorgänge in Panem nicht ohne Einfluß gewesen; aber diese bayrischen Vorgänge haben auch wiederum die Kreise beeinflußt, die Anfang dieses Monats die deutliche Reichsregierung im Sinne ihrer Interessen und Gewaltanwendung ummodelliert wollten.

Wir stehen in allen diesen Dingen im Anfang einer schweren Krise, deren Ende nicht abzusehen ist. Nur eine schnelle Lösung der außenpolitischen Konflikte kann die Autorität der demokratischen Reichsregierung so stärken, daß sie der Schwierigkeit Herr wird und die Erneuerung für das Reich zurückfindet, die notwendig ist, damit sich die Dinge endlich einmal für längere Zeit zum Besseren wenden.

Geschafferte kommunistisch-sozialistische Verhandlungen

Berlin, 19. Oktober. In den letzten Tagen haben Verhandlungen zwischen Vertretern der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei über ein gemeinsames Vorhaben in politischen und gewerkschaftlichen Fragen stattgefunden. Diese Verhandlungen haben bis jetzt zu keinem Ergebnis geführt.

Berliner Vorörde

Berlin, 19. Oktober. Der Schlusskurs der Mark in Neuport ergab eine Parität von 94 Milliarden für den Dollar. Anschließend dieser weiteren Erhöhung der Mark im Auslande setzte auch im heimischen Kurs der Deutschen eine starke Aufwärtsbewegung ein. Der in den gestrigen Abendstunden mit 7,5 Milliarden genannte Dollar kurs wurde um 9,30 Uhr mit ca. 10 Milliarden geschrumpft. Am übrigen nannte man England mit 45, Holland mit 3,8, Schweden mit 1,8 Milliarden, Italien mit 400 Millionen, Polen 7000. Auf die erhöhte Devisenkurse hin wurde am heutigen Effektenmarkt flürmische Aufwärtsbewegung gezeigt.

Berliner Devisenkurse vom 19. Oktober (Amtlich)

mitgeteilt von der Commerz- und Deutschen B. A., Dresden

	19. 10. Mitt.	19. 10.<

Dresden

Dresdner Stadtverordnetenversammlung

In der Stadtverordnetenversammlung am 18. Oktober wird zu dem Antrag Voigt vom 15. Juni 1923: betr. Propaganda für die Elternratswahlen durch Lehrkräfte beschlossen, den Antrag mit Rücksicht auf die Verordnung des Ministeriums für Volksbildung vom 18. September 1923 auf sich berufen zu lassen. Dem Brein-Artikelhilfe werden 5 Millionen Mark als Zuwendung gewährt. Der Gewährung von Verschärfen an die Soziale Frauenschule kommt das Kollegium zu. Das Gutachten des Finanzausschusses, betreffend Vorlage des Rates vom 10. Oktober 1923 Erhöhung der Strafhandelsabgaben und die Erhebung der Höhe der Gebührenordnung für jedwede Benutzung öffentlichen Verkehrsräumes zum Handel wird zum Beschluss erhoben.

a) Vom Ausdrucke über das Gutachten des eingesetzten Ausschusses über ein Gutachten des Verwaltungsrates der Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke vom 18. September 1923, jener die kurz vorliegende des Schriftleiters Glömer, das Verfahren bei Eintritt in die Gas-, Wasser- und Elektrizitätsverwaltung übergeht ist. In der Ausprache wird berichtet, daß die Preise für Gas, Strom und Wasser im Interesse der Verbraucher so niedrig wie möglich gehalten werden müssen. Dem Gutachten wird in der Abstimmung einstimmig zugestimmt. Der Bericht des Rates vom 8. Oktober 1923 über Erhöhung des städtischen Wirtschaftsbetriebes an die Wirtschaftsbehörde der Deutschen Studentenschaft auf das laufende Geschäftsjahr des Vereins auf 500 Millionen Mark wird zugestimmt. Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Auszahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden sollen, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden sollen, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden soll, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden soll, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden soll, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden soll, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden soll, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden soll, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden soll, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden soll, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden soll, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden soll, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden soll, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

Eine Erklärung des Vorsitzenden der höheren Versuchsschule annehmen, die dem Volksbildungministerium zur Verfügung gestellt werden soll, wird angenommen.

Ein Antrag Marg. das Kollegium wolle beschließen, den Rat zu ersuchen, für die vom Kürzinger und Jungen am Betreuten

a) den Rechtsantrag für die laufende Woche als Grundlage zur Erhöhung der Verbrauchssteuer zu nehmen,

b) die vom Finanzamt am Freitag angewiesenen Gelder so

rasch zu verteilen, daß sie spätestens bis Montag in den Händen der Unternehmensmänner sind, eventuell die Aus-

zahlung durch die tatsächlichen vornehmen zu lassen,

c) einer Wiederaufstellung auch noch Bußablage für Gas

und Kohlen zu gewähren,

wird einstimmig angenommen.

"Abwehrorganisationen"

Dresden, 19. Oktober. Die „Sächsische Industrie“, Organ des Verbandes Sächsischer Industrieller, schreibt im Nr. 56: Kennzeichnend für das machlose Verhalten der sogenannten proletarischen Abwehrorganisationen, trug das bestehende Ausnahmestandes, durch das die Rechtsicherheit völlig untergraben wird, ist hier nachstehende Vorgang der uns aus Oelsnitz i. Vogtl. berichtet wird. Doch sind am 4. Oktober nachts nach 10 Uhr 40 bis 50 Mann einer derartigen Organisation in ein Grundstück, in der jeder Grundlage entbehrenden Annahme, daß in ihm eine Versammlung Reichsgeister stattfände, widerrechtlich eingetreten. Ein Teil flüchtete über den Vorbau und erzwang durch Einschlagen eines Fensters Eingang, ein anderer Teil sprengte die Fenster mit Gewalt auf. Vorher waren Baumstangen vom Gartenzau abgebrochen und ein Saunteil gewaltsam ausgehoben worden. Die Bente waren mit Eisen- und Holzknüppeln bewaffnet, sie behaupteten gegenüber der allein angefeindeten Haushalterin des verhängten Wohnungsbesitzers, ein jeder habe einen Ausweis, zeigten aber auf Verlangen keinen vor und schleierten dann zu einer Durchsuchung des ganzen Grundstücks, die natürlich völlig erfolglos war. Da die öffentlich zusammengetretene Menschenmenge mit vereinten kräftigen Gewalttätern gegen Sachen begangen hat, kommt nicht bloß Amtsausübung, Haussiedensbruch und Sachbeschädigung, sondern Landfriedensbruch in Frage. Wir hoffen, doch die zuständige Staatsanwaltschaft mit Nachdruck einzutreten und die Schuldigen einer gebührenden Bestrafung zuzuführen.

Geschädigung für verlorengegangene und beschädigte Pakete

Die Nachrichtenstelle der Oberpostdirektion teilt mit: Aus Kreisen der sächsischen Industrie ist in der letzten Zeit wiederholte bemängelt worden, daß die Postverwaltung für den Verlust und die Beschädigung gewöhnlicher Pakete zu geringen Entschädigungen komme. Man solle die beschädigte Haltung der Post für gewöhnliche Pakete und Einschließungen allgemein fallen lassen und nach dem bürgerlichen Recht haften. Die Postverwaltung hat sich demgegenüber auf den Standpunkt gestellt, daß die beschädigte Haltung der Post auf wohl erwogenen Gründen beruhe. Die geprüfte Richtigkeit würde eine zu weit gehende Umgestaltung und Verkürzung des Postpaketverkehrs erfordern, daß der deutschen Volkswirtschaft damit nicht gedient wäre. Jetzt hat das Reichsgericht in dem Urteil vom 1. Juni 1923, S. 550 II diesen Standpunkt anerkannt und dazu folgendes ausgeführt:

„Die Post ist eine staatliche Verkehrseinrichtung, die der Allgemeinheit zur Förderung von Briefen, Beziehungen, Paketen und dergl. zugleich auch dem Reiche als Einnahmegröße dienen soll. Die Vereinigung dieser beiden Gesichtspunkte, namentlich die Notwendigkeit, die Leistungsfähigkeit der Post zu erhalten, und das Vertrauen, ihm Schaden zum Außen der Verbesserung so niedrig als möglich zu bemessen und kostspielige Übertragungs- und Versicherungsmaßnahmen zu vermeiden, veranlaßten den Gesetzgeber, die Erfüllung des Reiches für Schäden, die die Post zur Förderung übergebenen Gegenstände erleben, den Schadensersatzbestimmungen des Bürgerlichen Rechtes gegenüber erheblich einzuhüllen und sie dementsprechend in den §§ 6 bis 12 des Postgesetzes vom 28. Oktober 1871 ausschließlich und einschließlich zu regeln. Nachdem er nämlich in den §§ 6 bis 11 die Fälle, in denen Erstattungsprüche ausgeschlossen und diejenigen, in denen sie gegeben sein sollen, genau umschrieben und die zu zahrende Vergütung begrenzt hat, heißt es im § 12:

„Eine weitere als die in den §§ 8, 9, 10 und 11 bestimmte Entschädigung nach von der Postverwaltung nicht geleistet wird, wird also unter keinen Umständen geleistet und zwar weder an einen anderen als den noch dem Postzettel Erstberechtigten, noch unter anderen als den in ihm geregelten Voraussetzungen oder in anderen als der sich aus ihm ergebenden Art und Höhe. Diese Bedeutung und Tragweite des § 12 des Postgesetzes erkannte der Gesetzgeber auch dadurch an, daß er in den §§ 402 und 688 HGB, die Anwendung der Vorschriften über die Handelsschäden und Geschafts- auf die Förderung von Gütern durch die Post ausdrücklich ausstieß.“

Pressemittelstellung

Der Reichsminister der Finanzen lädt darauf hinzuweisen, daß bei Masseneinsicherungen von kleinen Geldscheinen bei den Finanzkassen auf sofortige Abfertigung nur dann gezeichnet werden kann, wenn die Geldscheine übersichtlich fortisiert und gebündelt sind. Am anderen Falle wird das übrige Publikum vorweg abschreckt.

Die Bezahlung der Steuern mit Banknoten hat bei den Finanzkassen zu großen Unzuträglichkeiten und bei den heutigen Geldwertverlust zu erheblichen Nachteilen für die Reichskasse geführt. Von einzelnen Geldanstalten sind die Beträge oft erst nach 14 Tagen dem Konto der Finanzkassen gutgeschrieben worden. In anderen Fällen sind ungenügend gedrehte Scheine empfohlen worden, wodurch sich die Kassiererin noch weiter verzögerte. Für die Reichskasse ergibt sich jedoch die Notwendigkeit, die ihr zustehenden Beträgen momentan zu vereinnahmen. Es ist daher bestimmt worden, daß bis auf weiteres Banknoten aller Arten von den Kassen der Reichsfinanzverwaltung nicht mehr angenommen werden dürfen.

Von der Errichtung von Abhöfen durch Postbeamten und Postschaffner ist als Aufklärungslog der Tag anzusehen, an dem der Betrag bei der Post eingezahlt ist. Bei Postschaffnerabnahmen und Postscheiden ist für den Tag der Zahlung der Tagesspendenabzug des Postbeamten maßgebend. Hingegen verbleibt es bei Aufklärungslogen des bisherigen Bestimmung, wann als Zahlungstag der Tag angesehen wird, an dem der Betrag dem Konto der Finanzkasse gutgeschrieben ist.

Gemeinde- und Vereinsnachrichten

A. Nadeberg. Jüngst hatten wir die festste Freude, mehrere Oberleute in unserer Mitte begrüßen zu können. Die Benediktinerpater Professor A. Hildebrand und P. Sauerius (ein geborener Nadeberger) die in Begleitung des nach

Neuron reisenden Bruders Vennebiss vom altenbüdigsten Benediktinerkloster St. Urban (Schlesien), dem jüngsten Benediktinerküste, kommend, Aubienhalber Rom als Heiligtum gewählt hätten, und zu dem noch den Bruder Friederich aus einem Tropfsteinmonastikloster Bayerns, zum Besuch seiner Eltern hier weilend. Diese selige Gelegenheit konnten wir nicht ohne besondere Freude diese Gelegenheit vorübergehen lassen, und so wurde denn am Rosenmontag zur Freude der glücklichen Menge ein feierliches Feuerwerk mit vorangehender Prozession abgehalten, und wie immer hier wurden sämtliche Einlagen der Messe streng nach Vorchrift gelungen. Den Oberleuten nochmals dank und herzliche Grüße!

Theater und Musik

Niederabend Alfred Rose. Der Niederabend war sehr mäßig besucht, der Saal nicht gefüllt. In seiner Vorlagordnung wünschte der Bariton der ehemaligen Kaiserlichen Oper zu Petersburg erste Erfolge von Schubert, Tschauder, Wiliams, dazu einige Balladen von Löwe. Die Stimme bis entschärft mit Vorlagenspielen und Geschwind die Stimmungshalte ausgeprägt der Kompositionen begabten Sängers ist in der Tiefe von wunderreichen, klangreichen Saitenlang. In der Mittellage und in der Höhe litt ihr Glanz, und ihre Leuchtfeuer unter geringen Beißungen und organischen Hemmungen. Die Bewegung der Stimme in den höchsten Tönen wirkte in einem ja engbegrenzten Raum wie der Palmengartenlaal zu elementar. Prof. Karl Preisch war ein im russischen wie deutschen Satz flüssiger Begleiter, ihn zu hören ein ungemein Genuss, wünsche von dem Bariton Alfred Rose wohl gesagt werden kann, er habe seine Kunst hinter sich.

Konzert der klassischen Laienmusik. Das erste Konzert der klassischen Laienmusik Dresden in dieser Winterzeit fand in dem vollbesetzten Konzertsaal des hiesigen Ausstellungspalastes statt. Das reichhaltige Programm ersten Teils liefernte das Kreisorchestor unter persönlicher Leitung des Herren Stadtmeisters O. Friedersdorf. Das kleine Orchester war bestrebt den Konzertfreudern etwas Gutes zu thun, doch wurde es ihm leichtlich schwer klassische Musik aufzuführen. Eine Tanzkapelle iheden klein Konzertorchester. Besonders, besonders bei der Ouvertüre von „Martha“, war man verführt auf die Bühne zu rufen: „Nehm Takt, Herr Friedersdorf!“ Der zweite Teil des Programms wurde mit der leider etwas langen und ermüdenden Pathetique-Sonate von Beethoven und dem Trouermarsch aus „Götterdämmerung“ eingeleitet. Beide Stücke wurden meisterhaft von Frau Professor Johanna Weichelt vorgetragen. Außerdem bemerkten sich Hildegard Reichel, Else Wintler und Susanne Michel durch Gesang den Abend zu verschönern, was ihnen höchstlich auch gelang und ihre Mühe durch stolzen Beifall und Pläume belohnt wurde. Den Schlüß des Konzerts bildete das reizende kleine Majestätische Einspiel „Von und zu“ in welchem kleine Kaiser in der Rolle der Bassienne wohl den meisten Beifall verdiente.

Herrn Jen.

**Anzeigen-Schlüsselzahl
der deutschen Tageszeitungen
vom 20. bis 26. Oktober
2 000 000****Wirtschaftliches und Verkehr****Wirtschaftszahlen am 19. Oktober**

1. Silbermarkt-Verkaufspreis	400 000 000
Goldauflauf vom 20.-23. Oktober	98 593 890 000 Proj.
Kreuztage, für Baren in Gold	110 000 000
Kreuztage, für Baren in Gold	19 000 001
für Arbeitserfüllung	8 000 000
Fußarbeitsabfuhr	1 000 000 000
Fußarbeitsabfuhr	85 000 000
Gleisbahn-Aufkäuferlehr	600 000 000
Gleisbahn-Gitarrelehr	1 000 000 000
Hornbuchschaft	500 000 000
Landschäfe (vom 17. bis 19. Ott.)	1 000 000 000
Gesamt der Goldbranten (für Auslandssatz)	890 000 000
Großhandelskatalog	1 000 000 000
(Steigerung 25,4 Proz.)	
Sächsische Gesamtsumme (inkl. Befreiung)	645 000 000
(Steigerung 25,9 Proz.)	
Reichskatalog	891 900 010
(Steigerung 50,2 Proz.)	

Berliner Großmarkt

Berlin, 19. Oktober. Preise für 50 Kilogramm ab Station (in Millionen Mark): Weizen, männlicher 18000-18500, Weizen, weiblicher 12000-12500, Sommergerste, männlicher 11800-12000, Hafer, männlicher 9500-10500, Weizenstroh (100 kg) 4000-4400, Weizenstroh (100 kg) 37000-41000, Weizenstroh 5000-5500, Weizenstroh 5000-5500, Raps 18000-17000, Weizenstroh 28000-26000, Speise-Öl, kleine 18000-21000, Rapsstroh 8000-9000.

Mauzitter - Großhandelspreise für 50 Kilogramm ab Station (in Millionen Mark): Weizen und Rapsstroh, brachpreis 550-600, Haferstroh, brachpreis 450-470, Getreidestroh 430-450, Roggen- und Weizenstroh, bimsabzugpreis 270-290, Roggenstroh, lange, gebündelt 290-300, Hen, handelsübliche 250-280, Hen, gute 400-450, Hähn 1450-1650.

Dresdner Schlachtmärkte

Dresden, 18. Ott. Käufle: 1. Ode, 14. Bullen, 5 Kalben und Rühe, 91 Rinder, 2 Schafe, 45 Schweine, zusammen 150 Schlachtiere. Außerdem zur sofortigen Schlachtung, also nicht auf dem Markt gekauft: 15 Rinder, 61 Rinder, 53 Schweine. Preise (in Millionen):

Ochsen: 1. und 2. —, 3. 850 744 (690), 4. —, Bullen: 1. 420 724 188, 2. 880 (690), 3. 850 (674), 4. —, Kalber und Rühe: 1. 420 (708 454), 2. 880 (720 770), 3. 850 (777 777), 4. und 5. —, Schafe: 1., 2. und 3. —, Schweine: 1. 488 (620), 2. 650 bis 620 (737 500), 3. 450 (600), 4. und 5. —, Geschäftsgang: fast keine. Die hier notierten Preise sind Marktpreise. Die Gallpreise sind nach den neuen Richtlinien der Landespreisprüfungsstelle für Rinder 20 Proz. für Kalber und Schafe 18 Proz. und für Schweine 16 Proz. niedriger als die hier angeführten Marktpreise;

Vermischtes

↑ Erhöhung der Hochschulgebühren. Nachdem das Schulgeld an den höheren Schulen dem gejunkenen Marktwert angepaßt worden ist, sinkt nunmehr auch die Gebühren an den wissenschaftlichen Hochschulen entsprechend erhöht werden. Wie wir hören, wird das Kollegial vorbehaltlich endgültiger Festsetzung zunächst etwa 50 000 000 Mark für die Wochenstunde vertragen, wobei eine Erhöhung des Markts anliegendem Abzug vorbehalten bleibt. Die übrigen Hochschulgebühren werden eine entsprechende Erhöhung erfahren. Um den wirtschaftlich schwächeren Teil der Studentenschaft zu entlasten, besteht die Möglichkeit der vollen oder teilweisen Befreiung von der Gebührenzahlung.

↑ Bezirk für die deutschen Kinder. Aus Regio kommt die Nachricht, daß die megalithischen Unterichtsbüroden die Schulgeld und des gesamten Landes aufzutragen haben, durch Sammlungen zur Rinderung der Art der deutschen Kinder, deren Leben den Kindern aller Nationen aus Herz greifen würden, beizutragen. Bezirk, das selbst der deutschen Kultur schon so viel verdanke, müsse im Interesse der Menschheit eine Generation von Kindern zu erhalten bestrebt sein, die der Welt noch so manches Meisterwerk der Kunst, so manche Größe der Wissenschaft zu schenken bestimmt sei.

↑ Auch eine Schuhgenossenschaft. In einer Neuholzer Zeitung erschien längst die folgende Anzeige: „Junger Mann, der sein rechtes Bein verloren hat, wünscht die Bekanntschaft eines Gentleman, der das linke Bein verloren hat, um sich mit ihm beim Einfädeln von Schuhen und Stiefeln zusammenzutun.“ Schuhnummer 8.

Eine vierzigköpfige Posträuberbande

Vor dem Berliner Landgericht begann ein umfangreicher Prozeß gegen eine vierzigköpfige Posträuberbande, deren Diebereien schon jahrelang im Gange sind und einen immensen Schaden verursachen. Beim Postamt Wilmersdorf wurden in den letzten Jahren viele Pakete ganz gestohlen oder zu einem erheblichen Teil ihres Inhaltes verbraucht. An diesen Diebstählen beteiligte sich ein großer Teil von unteren Beamten. So wurden sehr wertvolle Sachen geraubt und in großen Mengen, daß damit ein schwunghafter Handel seitens der Diebesgesellschaft betrieben wurde. Die Aufzählung der gestohlenen Sachen, soweit sie im Laufe der Voruntersuchung ermittelt werden konnten, gleicht der Inventuraufnahme eines Warenhauses. Alle Lebensmittel aller Art befinden sich unter der Deute Kleiderstücke, Schuhwaren, Pelze, Wäsche, silberne Tassen, Uhren und anderes mehr. An der Spitze der Diebesbande stand der Betriebsrat Ernst Kirchen, der die geschnittenen Sachen zum Teil durch seine Frau, seils aber auch durch seine Geliebte, die Poststellschreiberin Ottilie Verstra, die auch dem Betriebsamt angehörte, verschafft haben. Eine führende Rolle spielen ferner der frühere Stadtverordnete Poststellschreiber Paul Behrendt sowie die Poststellschreiber Fritz Marck und Willi Weise. Der Hauptbeschuldigte der Deute war der Händler August Gundelid. Marck hat außerdem Dokumente und Schads sowie Briefe unterschlagen. Auch Weise ist bereits früher bei der Entwendung von Dolarnoten abgezahlt und rechtzeitig zu drei Monaten Gefängnis verurteilt worden. Der Angeklagte Kirchen hat es verstanden, sich das Vertrauen des Vorstehers des Postamtes zu erwerben und war zum Gruppenführer eines Poststellschreiberkolonne ernannt worden. Die Sortierung der Pakete fand in einem besonderen Raum im Keller statt. Kirchen hatte die Aufgabe der Übertragung. Zusammen mit Bekannten war Kirchen Betriebsrat, und er hatte deshalb die Aufgabe, darauf acht zu geben, daß ungewölkige Personen aus dem Dienst entfernt wurden. Wie sie diese Betreuungstellung missbraucht haben, beweist die Anklage. Kirchen soll seiner Kolonne erklärt haben, man brauche vor Einbruch keine Angst zu haben. Er übernahm als Betriebsrat alle Verantwortung. Jeder könne aus den Paketen nehmen, was er wolle. Diese Weisung sind die Postbeamten denn auch eisfeste nachgekommen.

Drahtlose Rundfunkkonzerte

Amt Montag fand im Hörsaal des Telegraphentechnischen Reichsamtes eine amtliche Vorführung des Unterhaltungs-Rundfunks statt. Staatssekretär v. Bredow erklärte in seinem einleitenden Vortrage die Zeit nunmehr für gekommen, auch in Deutschland den Unterhaltungs-Rundfunk aufzunehmen, nachdem das drahtlose Telefon in ausgiebigem Maße für Wirtschafts- und Zwecke dienstbar gemacht werden ist. Von Ende des Monats ab werden sämtliche deutschen Postanstalten Erstaunlich eine für 10 Stunden empfänger ausgeben. Die Gebühr ist regelmäßig auf 25 Goldmark pro Jahr festgesetzt. Sobald sich eine genügende Anzahl von Teilnehmern gemeldet hat, soll der Dienst beginnen, und zwar zunächst von der Großstation Königswusterhausen aus, die für ganz Deutschland den Unterhaltungs-Rundfunk führen kann. Um jedoch eine Zentralisierung zu vermeiden, ist bestimmt, nach etwa sechs Radiostationen nach und nach einzurichten. Der nächste Vortrag wird wahrscheinlich München und Umgebung sein. Den Vortrag des Staatssekretärs Bredow schloß sich eine praktische Vorführung des neuen Unterhaltungs-Rundfunks an, dessen Programm neben einem vorgelebten Lied verschiedene Musik- und Gesangsstücke bildeten.

Verantwortlich für den redaktionellen Teil: Dr. Josef Albert, Dresden. — Für den Interessenten: Josef Höhmann, Dresden.

Volksverein für das katholische Deutschland**Altenburg I. Thür.**

Einladung zu dem am Sonntag den 21. Oktober im „Preußischen Hofe“ (kleiner Saal) stattfindenden

Unterhaltungsabend mit Vortrag

des hochwürdigen Herrn Hochschulseelsorgers Beier, Leipzig, über: „Kirche und Familie“.

Beginn pünktlich abends 6 Uhr. Der Geschäftsführer.

**Kunert & Motl
Dresden-A., Ferdinandstr. 9****Ankauf von Antiquitäten**

Altstädtl. Möbeln, Porzellan, Stickereien, Bildern, Porträts, Stichen usw.

Auch Uebernahme von Kommissionssware

Fürstenhof-Lichtspiele Dresden**Striesenstraße**

Ab Freitag
das mit großem Erfolg im Auslande aufgeführte Meisterwerk der deutschen Filmkunst:

Dr. Mabuse, der Spieler

nach dem Roman der „Berliner Illustrirten Zeitung“

von Norbert Jaques